



Kriegsalltag: Evakuierung der ukrainischen Großstadt Kramatorsk nach einem russischen Angriff am 3. Juni

IMAGO

„Eine Blutmühle wie Verdun 1916“

Ex-Merkel-Berater Erich Vad zieht eine düstere Zwischenbilanz des Ukraine-Kriegs. Er warnt vor einer fatalen Eskalationsspirale und erklärt, warum die militärische Lösung illusorisch ist

RAPHAEL SCHMELLER

Brigadegeneral a.D. Erich Vad zählt zu den prominentesten Kritikern der deutschen Ukraine-Politik. Im Interview mit dieser Zeitung spricht der ehemalige militärische Berater von Angela Merkel über die Gefahr einer Eskalation des Ukraine-Kriegs, die Rolle der Nato-Osterweiterung, fehlende Diplomatie und die Frage, warum Europa aus seiner Sicht außenpolitisch die strategische Initiative verloren hat. Anlass des Gesprächs ist sein gemeinsam mit Klaus von Dohnanyi veröffentlichtes Buch „Frieden – Wie geht das?“.

Herr Vad, die Welt erlebt seit Jahren eine Zunahme geopolitischer Konflikte und Kriege. Haben wir als internationale Gemeinschaft den Frieden verlernt?

Ja, das ist eine gute Frage. Wir befassen uns sehr viel mit Krieg, mit Waffenlieferungen, und wir setzen auch auf den Erfolg militärischer Macht. Das gilt für den Ukraine-Krieg genauso wie für den Krieg im Iran. Aber es ist doch erkennbar, dass es ohne begleitende, ergänzende Diplomatie, ohne Verhandlungen nicht geht – und dass es sowohl im Iran als auch in der Ukraine keine rein militärische Lösung geben kann.

Was meinen Sie konkret?

Im Iran ist es aussichtslos, mit Luftschlägen einen Regime Change herbeiführen zu wollen. Und genauso aussichtslos wäre es, dort mit Bodentruppen reinzugehen, um diesen langen Küstenstreifen von mehr als 1500 Kilometern zu kontrollieren und so die Straße von Hormus freizuhalten. Militärisch ist alles machbar – aber mit einem Aufwand verbunden, der im Moment selbst von den Amerikanern nicht abbildbar ist.

Und in der Ukraine?

In der Ukraine ist es ähnlich. Dort ist absehbar keine militärische Lösung zugunsten der Ukraine machbar. Man praktiziert eine Abnutzungsstrategie, indem man sich gegenseitig ins Hinterland schießt und hofft, dass der andere irgendwann aufhört

oder zu Verhandlungen bereit ist. Ich denke: Es ist dringend geboten, im Ukraine-Krieg endlich wieder in die Verhandlungsschiene reinzukommen. Denn es gibt keine echte Alternative.

Dieses Setzen auf Abnutzung ist hochriskant und eskalatorisch. Die Russen können den Maximalforderungen Selenskyjs schlicht nicht entsprechen. Dass sie den Donbass verlassen oder sich von der Krim zurückziehen und dann Frieden schließen – das anzunehmen ist illusorisch. Das widerspricht diametral ihren strategischen Interessen in der Region, weshalb es überhaupt zu diesem Krieg gekommen ist.

Und Selenskyj kommt offensichtlich auch nicht aus dieser Nummer raus. Also sprechen die Waffen weiter. Aber man muss sehr aufpassen, dass dieser Krieg nicht zu einem europäischen Krieg eskaliert. Und ich habe eher den Eindruck, dass es in diese Richtung geht, wenn das so weiterläuft.

Sie sprechen die strategischen Interessen Russlands und die Vorgeschichte des Krieges an. Welche Rolle spielte aus Ihrer Sicht die Nato-Osterweiterung dabei?

Die ganze Nato-Osterweiterung war letztlich ein Verschieben westlicher Interessenssphären nach Osten. Aus russischer Sicht konnte man das gar nicht anders interpretieren. Anfangs war das nachvollziehbar: Nicht nur Polen oder die baltischen Staaten wollten verständlicherweise nicht mehr unter russischer Dominanz stehen.

„Keiner will diesen großen Krieg – aber keiner tut wirklich etwas, um ihn zu verhindern.“

Gleichzeitig wurde das damals aber noch diplomatisch abgefedert – mit der Nato-Russland-Grundakte oder dem Nato-Russland-Rat. Aber später hat der Westen diesen Kurs verlassen. Danach ging es nur noch um das Verschieben amerikanischer Interessenssphären nach Osten.

Übrigens: Die Amerikaner würden so etwas umgekehrt in ihren Interessenssphären genauso wenig akzeptieren. Wenn Mexiko morgen Militärmanöver mit Russland und China am Rio Grande abhalten würde, würden die Amerikaner eiskalt einmarschieren. Russland ist eine Großmacht und die größte Nuklearmacht der Welt. Man sollte die russische Leidenschaftlichkeit weder über- noch unterschätzen. Das Gleiche gilt für China. Wenn die Amerikaner auf Taiwan eine Luftwaffenbasis errichten würden, hätten wir sofort den Dritten Weltkrieg.

Das Problem in Deutschland ist: Man versucht gar nicht mehr, die russische Perspektive überhaupt zu verstehen. Das heißt ja nicht, dass man sie gutheißt. Aber man muss sie analysieren. Dieser Wille fehlt völlig.

Auf dem Nato-Gipfel in Bukarest 2008 erhielt die Ukraine eine grundsätzliche Beitrittsperspektive. Sie waren damals der Militärberater von Angela Merkel und dabei. Welche Erinnerungen haben Sie an diesen Gipfel?

Damals war die Einschätzung, dass die Ukraine selbst in der Frage eines Nato-Beitritts tief gespalten war. Eine Mehrheit war sogar dagegen. William Burns, damals

amerikanischer Botschafter in Moskau, hatte sehr klar signalisiert: Wenn wir das machen, bedeutet das letztlich Krieg. Das sei eine dunkelrote Linie für Russland. Und das war jedem Kenner der Materie klar.

Deshalb war es auch richtig, diesen Membership Action Plan nicht zu initiieren. Der Fehler war allerdings, das Ziel einer Nato-Mitgliedschaft trotzdem aufrechtzuerhalten.

Die amerikanischen Regierungen vor Trump haben letztlich alles getan, um die Ukraine in diese Richtung zu ziehen – massive Waffenlieferungen, Militärberater, Aktivitäten der CIA, die Mobilisierung und massive finanzielle Unterstützung der westlich orientierten Zivilgesellschaft, Gespräche über See- und Truppenstützpunkte. Das mündete schließlich in den Maidan-Protesten.

Und als dann 2019 die Nato-Mitgliedschaft sogar in die ukrainische Verfassung aufgenommen wurde, war das aus russischer Sicht einfach *too much*. Es haben viele Leute davor gewarnt. Ich denke etwa an Zbigniew Brzezinski oder auch Wolfgang Ischinger. Auch William Burns selbst hat das später in seinem Buch über „Backchannel Diplomacy“ beschrieben.

Wenn man sich das anschaut, dann haben die Amerikaner diesen Krieg letztlich massiv mitverursacht – im Rahmen ihrer Rivalität mit Russland. Deshalb habe ich von Anfang an von einem Stellvertreterkrieg gesprochen.

Natürlich verteidigt die Ukraine ihre Souveränität, und natürlich war der russische Angriff ein Völkerrechtsbruch. Aber wenn man sieht, wie das Völkerrecht von den Mächten dieser Welt insgesamt gehandhabt wird, dann fällt das auch nicht völlig aus dem Rahmen.

Wie war damals das Kräfteverhältnis auf dem Nato-Gipfel in Bukarest?

Deutschland und Frankreich waren dagegen, die meisten anderen eher dafür. In der Nato geben die Amerikaner als Primus inter pares bei den entscheidenden Themen den Ton an – und so war es auch dort.

Für mich war das ein beeindruckender sicherheitspolitischer Moment, als die Bundeskanzlerin nach dem amerikanischen Präsidenten das Wort ergriff und sehr überzeugend darlegte, warum der Westen das nicht machen sollte.

Das war für mich ein ähnliches Highlight wie Joschka Fischers „I’m not convinced“ beim Irak-Krieg 2003 auf der Sicherheitskonferenz in München. Ich war damals dabei, als er Donald Rumsfeld richtig an die Kandare nahm – und im Nachhinein hatte er recht.

Was mir heute fehlt, ist genau diese außen- und sicherheitspolitische Souveränität Deutschlands. Dass man versucht, politisch zu gestalten, statt sich hinter Selenskyj, anderen europäischen Partnern oder auch mit Blick auf den völkerrechtswidrigen Iran-Krieg in beschämender Doppelmoral wegzuducken und die Dinge abseits der deutschen Interessenlage einfach laufen zu lassen.

Alle reden von Führung, aber sie machen und können es einfach nicht. Das erstmalige Scheitern Deutschlands bei der Wahl zum Uno-Sicherheitsrat ist eine blamable Abstrafung.

Schimon Peres hat einmal gesagt: „There is no leadership without risk.“ Politische Führung bedeutet Risikobereitschaft und Stehvermögen. Gerade bei Krieg und Frieden muss man bereit sein, ins Volle zu gehen. Das findet in Europa überhaupt nicht statt.

War Angela Merkel in Ihren Augen die letzte europäische Regierungschefin, die Führungsstärke bewiesen hat?

Sie hat sehr auf deutsche Interessen geachtet. Und das ist auch notwendig. Deutschland hat aufgrund seiner geographischen Lage in der Mitte Europas seit rund 500 Jahren ein Sicherheitsproblem. Wenn die europäische Mitte schwach ist, bekriegen sich andere Mächte auf deutschem Boden – wie im Dreißigjährigen Krieg.

Später versuchte man dann, durch einen starken Nationalstaat Sicherheit zu erreichen. Das hat ebenfalls nicht funktioniert. Im Kalten Krieg wäre Deutschland das Schlachtfeld geworden. Und heute gilt wieder: Wenn der Ukraine-Krieg in einen europäischen Krieg eskaliert, dann ist Deutschland das Schlachtfeld. Das ist für uns keine rationale Option. Ich verlange von deutschen Politikern deshalb einfach etwas mehr deutsche Interessenpolitik. Die deutsche Politik ist viel zu Ukraine-fixiert – und das ist ein Fehler.

Deutschland ist mit Recht der größte Unterstützer der Ukraine. Aber es hat gleichzeitig den größten, nach allem, was dazu bekannt ist, staatlich gebilligten Terroranschlag auf seine nationale Infrastruktur durch die Ukraine erlitten: die Zerstörung der Nord-Stream-Pipeline in der Ostsee. Das diesbezügliche laute Schweigen von Politik und Medien ist sehr irritierend.

Dass durch diese amerikanische Politik russische Interessen tangiert werden und dadurch Sicherheitsfragen entstehen, sollte deutschen Politikern eigentlich bewusst sein. Warum wird diese amerikanische Politik heute in Berlin trotzdem unterstützt?

Das ist dieser deutsche Reflex in der Sicherheitspolitik: Für Sicherheit sind die Amerikaner zuständig, die werden das schon richten. Früher – denken Sie an den Nato-Doppelbeschluss – haben deutsche Kanzler wenigstens versucht, Aufrüstung mit Abrüstungsgesprächen zu verbinden. Genau das fehlt heute völlig. Wir setzen nur auf Waffenlieferungen. Mehr fällt uns nicht ein.

Auch bei der Mittelstreckenthematik müsste man sagen: Ja, wir schließen Fähigkeitslücken, und gleichzeitig reden wir mit Russland über Rüstungskontrolle. Solche Ergänzungen, die vitale deutsche Interessen reflektieren, fehlen völlig. Man darf nicht vergessen: Ein Krieg in Europa würde die USA kaum treffen. Die Amerikaner haben viele Kriege geführt, aber so gut wie nie auf eigenem Boden. Deshalb muss Deutschland das anders sehen.

Aber warum sind Berlin, aber auch die Europäer insgesamt, hier so zurückhaltend?

Das beschäftigt mich auch. Warum sind gerade London, Paris und Berlin so eskalatorisch unterwegs und gleichzeitig so wenig diplomatisch? Meine Erklärung liegt vor allem in der innenpolitischen Schwäche dieser Regierungen. Macron ist politisch angeschlagen, Starmer hat miserable Zustimmungswerte, und auch in Deutschland steht die Regierung innenpolitisch massiv unter Druck.

Diese Bedrohungslage lenkt von vielen anderen Problemen ab. Und sie rechtfertigt die maßlose Aufrüstung. Natürlich gibt es eine Bedrohung. Aber die Reaktion darauf ist maßlos. Und dann kommt noch die Kriegsökonomie hinzu. Wenn VW-Zulieferer plötzlich Schützenpanzer statt Autos bauen, sichert das Arbeitsplätze, kurzfristig.



Die Amerikaner hätten den Ukraine-Krieg massiv mitverursacht, sagt Erich Vad.

ANNE SCHÖNHARTING/OSTKREUZ

Aber das ist aus deutscher Sicht eine Milchmädchenrechnung. Das wird die deutsche Wirtschaft nicht retten.

In den vergangenen Wochen hat sich die Lage im Ukraine-Krieg verschärft. In Lühansk ist beispielsweise eine ukrainische Drohne eingeschlagen, woraufhin Kiew angegriffen wurde. Was ist aktuell das größte Risiko für eine Eskalation?

Die größte Gefahr sind die sogenannten Deep Strikes. Die Briten haben den Ukrainern 120.000 Kampfdrohnen mit Reichweite bis tief ins russische Hinterland zugesichert. An der Produktion sind auch europäische Firmen, darunter auch deutsche, beteiligt.

Wenn das so weitergeht, ist die Gefahr sehr hoch, dass sich daraus von einem Tag auf den anderen ein größerer Krieg entwickelt. Man muss sehr aufpassen. Wir haben viele Hotspots: die Ostsee-Region, den Suwalki-Korridor, Moldawien und natürlich die gesamte lange Frontlinie zwischen Russland und der Ukraine, inklusive dessen, was im Hinterland passiert.

Die Ukrainer haben ja bereits spektakulär die strategischen Luftstreitkräfte Russlands angegriffen. Das geht schon sehr ans Eingemachte. Da muss man aufpassen, dass man nicht in eine Eskalationsspirale hineingerät.

Was ist jetzt wichtig, um eine Eskalation zu verhindern?

Ich denke: Politisches Augenmaß ist notwendig. Hilfe für die Ukraine, auch militärische Hilfe – ja. Aber gleichzeitig muss man wieder Gesprächskanäle nach Moskau bekommen und verhandeln. Für die Russen ist dieser Versuch, den Festungsgürtel im Donbass zu erobern, extrem verlustreich. Das wird einen hohen Blutzoll kosten, weil die Ukrainer dort in starken Feldbefestigungen kämpfen.

Das ist ähnlich schwierig wie damals 2022 und 2023 die ukrainischen Offensiven gegen die vorbereiteten russischen Stellungen. Das war faktisch nicht möglich. Wir haben fast ein Dutzend ukrainische Angriffsbrigaden mit westlichen Waffen und westlicher Technologie ausgestattet. Kein einziger dieser Angriffe konnte einen wirklichen Durchbruch erzielen – von wenigen lokalen Ausnahmen abgesehen.

Jetzt sind die Russen in der offensiven Rolle, und auch das ist extrem verlustreich. Vielleicht wollen sie sich das irgendwann ersparen – das muss man sehen. Aber man darf eines nicht unterschätzen: Diese Region hat für Russland eine so hohe strategische Bedeutung, dass die Russen nicht einfach nach Hause gehen können wie wir damals in Afghanistan.

Nach dem Motto: Schlecht gelaufen, wir gehen jetzt. Aus dieser Nummer kommen die Russen nicht raus. Und Selenskyj offenbar auch nicht. Deshalb kommt es vor allem auf die Amerikaner an, dass sie die Verhandlungen wieder aufnehmen.

Immer mehr Historiker ziehen Vergleiche zwischen der Vorkriegszeit vor dem Ersten Weltkrieg und der heutigen Lage. Halten Sie diesen Vergleich für berechtigt?

Ja, absolut. Keiner will diesen großen Krieg – aber keiner tut wirklich etwas, um ihn zu verhindern. Diese Kriegsrhetorik und Kriegsbegeisterung, gerade auch im Bürgertum, erinnern stark an die Zeit vor 1914.

„Hunderttausende junge Ukrainer und Russen sind gefallen, ein ganzes Land wurde zerstört.“

Damals waren auch Leute wie Thomas Mann, Max Liebermann oder Gerhart Hauptmann für den Krieg. Vier Jahre später waren dann alle ermüdet.

Sie waren vor kurzem in der Talkshow „Lanz“ zu Gast, wo Sie sich einen Schlagabtausch mit dem CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter geliefert haben. Er argumentierte, die Ukraine kämpfe auch für deutsche Interessen und diene als Bollwerk, das Russland von einem direkten Vormarsch auf Nato- und EU-Territorium abhält. Deshalb müsse man die Ukraine weiter beziehungsweise noch stärker aufrüsten. Was halten Sie von dieser Argumentation?

Das sind starke Vereinfachungen. Politiker sollten Konflikte nicht anheizen, sondern nach tragfähigen politischen Lösungen suchen. Dieses einseitige Setzen auf Waffenlieferungen ist gefährlich. Jetzt gehen wir ins fünfte Kriegsjahr, und immer wieder heißt es: Wir müssen nur noch ein halbes Jahr durchhalten, dann ist Russland besiegt. Das hört man seit Jahren.

Clausewitz hat Krieg als eine „wunderliche Dreifaltigkeit“ beschrieben – als Zusammenspiel von Politik, Militär und Gesellschaft. Oben steht die Politik: Dort geht es um Interessen, Macht, strategische Ziele. Politik erzeugt Kriege, Politik entscheidet über Eskalation oder Deeskalation – und deshalb kann letztlich auch nur Politik Kriege beenden.

Was meinte Clausewitz genau mit seiner „wunderlichen Dreifaltigkeit“ des Krieges?

Wie gesagt: Oben steht die Politik. Darunter steht das Militär, beziehungsweise der militärisch-industrielle Komplex, mit seinen eigenen Dynamiken, Interessen und Logiken. Und die dritte Ebene ist die Gesellschaft. Krieg funktioniert nicht ohne gesellschaftliche Mobilisierung. Menschen müssen bereit gemacht werden, Krieg mitzutragen, Opfer zu akzeptieren und den Gegner als Feind wahrzunehmen.

Clausewitz beschreibt sehr klar, dass Kriege immer auch emotional aufgeladen werden. Krieg braucht Hass. Die Schweizer Psychoanalytikerin Jeannette Fischer hat über „Hass“ ein sehr aktuelles, gewichtiges Buch geschrieben. Und dieser Hass wird politisch und medial erzeugt – durch einseitige Perspektiven und Narrative, durch Gräueltgesichten, durch Propaganda, durch eine entmenslichte Sprache gegenüber dem Gegner.

Genau das erleben wir heute täglich in einem Informationskrieg, auf beiden Seiten. Der Gegner wird dämonisiert, kriminalisiert und moralisch entwertet. Dadurch entsteht überhaupt erst die gesellschaftliche Bereitschaft, einen langen Krieg mitzutragen und in letzter Instanz bereit zu sein, in einen Krieg zu gehen und andere Menschen zu töten.

Deshalb ist es gefährlich, wenn Politik nur noch in militärischen Kategorien denkt und diplomatische Wege praktisch ausschließt. Wenn man aus deutscher Sicht sagt, ein europäischer Krieg darf keine Option sein, dann muss man alles daransetzen, ihn zu verhindern.

Wie wird dieser Informationskrieg heute geführt?

Information Warfare gab es immer. Bismarck sagte einmal: „Es wird nirgendwo so viel gelogen wie vor Wahlen, im Krieg und

ZUR PERSON

Erich Vad ist promovierter Historiker und Brigadegeneral a.D. der Bundeswehr. Von 2006 bis 2013 war er Gruppenleiter im Bundeskanzleramt, Sekretär des Bundessicherheitsrates sowie militärpolitischer Berater der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Heute arbeitet er als Publizist, Autor und sicherheitspolitischer Experte. Zu Vads bekanntesten Büchern zählen die Bestseller „Ernstfall für Deutschland – Ein Handbuch gegen den Krieg“ sowie „Krieg oder Frieden – Deutschland vor der Entscheidung“. Gemeinsam mit Klaus von Dohnanyi veröffentlichte er zuletzt den Band „Frieden – Wie geht das?“.

nach der Jagd.“ Heute wird das durch digitale Medien, Cyberwar und elektronische Kriegsführung massiv verstärkt. Das Ziel ist immer dasselbe: dem Gegner sein Menschsein abzusprechen. Man macht es sich oft sehr einfach: Hier die guten Demokratien, dort die bösen Autokratien.

Natürlich ist Putin ein Autokrat. Aber diese Mechanismen der Dämonisierung wiederholen sich ständig. Und für mich ist erschreckend, wie wenig darüber nachgedacht wird, was das am Ende für unser eigenes Land bedeutet. Dieser politische Altruismus – für ein anderes Land, in diesem Fall die Ukraine, bis hin zur Selbstzerstörung „all in“ zu gehen –, das ist ein typisch deutscher, realitätsferner Schwarz-Weiß-Ansatz, der uns schon einmal ins Verderben geführt hat.

Viele Experten sehen den eigentlichen Großkonflikt zwischen China und den USA. Wie sehen Sie das?

Der Haupttrivale der USA ist natürlich China. Trumps Russlandpolitik dient auch dazu, Russland aus der engen Bindung an China herauszulösen. Im Indo-Pazifik sehen wir das Potenzial neuer Stellvertreterkriege – etwa im Südchinesischen Meer. An einen direkten Weltkrieg zwischen China und den USA glaube ich aber wegen der Nuklearwaffen eher nicht.

Aber Stellvertreterkriege sind auch in dieser Region sehr wahrscheinlich. Und man muss aufpassen, dass solche Konflikte nicht außer Kontrolle geraten. Sarajevo 1914 hat gezeigt, wie schnell regionale Konflikte eskalieren können. Und ein solcher Sarajevo-Moment kann sich schnell wiederholen.

Wie lassen sich diese Konflikte und Kriege überhaupt noch beenden?

Der ehemalige israelische Verteidigungsminister Mosche Dajan sagte einmal: „Wenn du Frieden willst, reicht es nicht, mit deinen Freunden zu reden. Du musst mit deinem Feind reden.“ Auch Jitzchak Rabin hat Jassir Arafat nicht einfach als Terroristen abgestempelt und gesagt, mit Terroristen rede ich nicht, sondern hat mit ihm das Oslo-Abkommen auf den Weg gebracht. Frieden braucht starke Persönlichkeiten.

Aber die sehe ich in Europa derzeit nicht. Angela Merkel hat damals mit Minsk wenigstens versucht, einen politischen Prozess zu schaffen. Heute dagegen machen wir uns zur Kriegspartei der Ukraine. Wir müssen da raus. Wir können unterstützen – aber wir müssen auch vermitteln. Wenn wir stattdessen komplett „all in“ gehen, marschieren wir irgendwann mit Selenskyj an der Spitze in einen Krieg mit Russland, den kein vernünftiger Mensch wollen kann.

Wenn es in Europa derzeit an starken Persönlichkeiten fehlt: Können Trump, Xi und Putin am Ende Frieden über die Köpfe der Europäer hinweg schließen?

Das muss man abwarten. Aber der Krieg geht jetzt ins fünfte Jahr. Hunderttausende junge Ukrainer und Russen sind gefallen, ein ganzes Land wurde zerstört. Diese Abnutzungstrategie ist eine Blutmühle wie Verdun 1916. Und gleichzeitig nehmen westliche Staaten ukrainische Kriegsdienstverweigerer auf, liefern aber Waffen und fordern die Ukraine zum Weiterkämpfen auf. Wir brauchen da dringend einen Politikwechsel in Deutschland.